

Die Integration der christlichen Kirchen in den modernen Staat als Vorbild

Was integrieren wir eigentlich?

Von Martin Grichting

Die Infragestellung der freien Welt durch islamistische Attacken zwingt zur Selbstvergewisserung. Brauchen wir zwecks Integration einen staatlich gelenkten «Schweiz-Islam», wie der Präsident der SP postuliert? Brauchen wir eine Rückbesinnung auf christliche Werte, wie der Präsident der CVP fordert? Wer integrieren will, muss sagen, worin er integrieren will. Und wer sich auf christliche Werte beruft, muss sagen, was er damit meint. Kennen wir diese Werte noch? Wissen wir, woher wir kommen, wer wir sind und was unsere Freiheitsordnung stützt?

Zu den Fundamenten dessen, was den freiheitlichen säkularen Staat ausmacht, gehören teilweise im Judentum wurzelnde christliche Grundüberzeugungen: Bevor Gott spricht, schafft er die Welt, die «gut» ist, wie es am Anfang der Bibel heisst. Das bedeutet: Vor der Offenbarung gibt es bereits eine Welt, die ohne Rekurs auf Religion, allein mit den Kräften der Vernunft, erkennbar und gestaltbar ist. Dies hat die Idee der Säkularität und die Naturwissenschaften denkbar gemacht. Sodann erlaubt die Lehre, dass jeder Mensch Gottes Geschöpf ist, den noch bei Römern und Griechen unbekanntes Schluss, dass alle Menschen, auch Mann und Frau, gleichrangig sind. Wesentlich ist das Wort Jesu: «Gebt dem Kaiser, was dem Kaiser gehört,

und Gott, was Gott gehört.» Denn es trennt die säkulare von der religiösen Sphäre und legitimiert Erstere.

Schliesslich das Blutzeugnis der christlichen Märtyrer der ersten Jahrhunderte: Hier wurde zum ersten Mal einem religiös vereinnahmenden Staat durch das Grundrecht auf Gewissensfreiheit Grenzen gesetzt.

Neue Rolle der Religion

Bekanntlich ist die Christenheit im Verlauf ihrer Geschichte hinter dieses Vermächtnis zurückgefallen und hat Religion und Politik, Kirche und Staat, faktisch wieder vereint, auch in Zwingli's Reformation. Es waren die Aufklärer, die gegen die mit der Aristokratie verbandelten Kirchenleitungen dem, was im Christentum schlummerte, zum Durchbruch verholfen haben: Die jüdisch-christlichen Grund-

Auf der Akzeptanz dieses Staates seitens der Neuankömmlinge muss man beharren.

entscheidungen wurden in wirksame politische und rechtliche Institutionen gegossen: die Gleichheit, die Grundrechte und der säkulare, nicht mehr allmächtige und religiös diskriminierende Staat. Die katholische Kirche und viele evangelische sowie reformierte

Gemeinschaften haben in dieser Weiterentwicklung ihres Glaubens ein illegitimes Kind des Christentums gesehen. Mittlerweile haben sie jedoch erkannt, dass es sich eigentlich um ein nicht gewolltes Kind handelte, das man annehmen und unterstützen muss.

Selbstvergewisserung und neues Bejahen dieser Grundlagen unserer Identität müssen der Integration vorausgehen, wenn sie gelingen soll. Denn die jüdisch-christlichen Grundüberzeugungen und die seit der Aufklärung daraus hervorgegangenen Institutionen sind unsere «Werte». Sie verlangen vor allem, zwischen religiösem und staatlich-öffentlichem Bereich zu unterscheiden. In Ersterem dürfen, abgedeckt durch das Grundrecht der Religionsfreiheit, religiöse Grundsätze vorgehen. Denn im religiös neutralen Staat kann man sich der Religion entziehen. Aber sie verlangen auch, dass im säkularen staatlich-öffentlichen Bereich, der das bürgerliche Leben umfasst, alle verpflichtet sind, dass in Politik, Wirtschaft, Sozialem, Bildung und Kultur für alle die gleichen (Grund-)Rechte und Gesetze gelten, unabhängig von der Religion.

Expertise der Christen

Christen und christlichen Parteien kommt, wenn es um die Integration von Anhängern anderer Religionen geht, eine besondere Rolle zu. Sie zeigen, dass sie ihre Religion in Freiheit

leben können und nicht in einen Zwiespalt zwischen ihrem Glauben und ihrer Existenz als Bürger geraten. Dieses Zeugnis wird Anhängern anderer Religionen helfen, sich auf die Integration in einen religiös neutralen, freiheitlichen Staat einzulassen. Auf der Akzeptanz dieses Staates und der

Denn im religiös neutralen Staat kann man sich der Religion entziehen.

vollumfänglichen Respektierung seiner Gesetze seitens der Neuankömmlinge muss man allerdings ohne Rabatte beharren. Dies ist nicht Ausdruck von Überheblichkeit. Denn im globalen Wettstreit der Modelle hat der freiheitliche Staat westlichen Zuschnitts in einzigartiger Weise bewiesen, dass er als Grundlage für eine Friedensordnung, für gesellschaftliche und wirtschaftliche Prosperität sowie für die bestmögliche Entfaltung des Individuums taugt. Alternativen dazu sind nicht in Sicht.



Martin Grichting ist Generalvikar des Bistums Chur.

Nachrichten

29970 illegal Eingereiste bis August gezählt

Bern. Bis Ende August sind in der Schweiz 29970 rechtswidrig eingereiste Menschen aufgegriffen worden. Allein im August waren es 7640. Die meisten von ihnen haben die Schweizer Grenzschützer an den Grenzen abgewiesen. Dabei handelt es sich um 5312 Personen. Allein im Tessin wurden im August 4620 Menschen nach Italien zurückgeschickt. Seit Anfang Jahr waren es 13626 Personen, die abgewiesen wurden. Dies geht aus Zahlen hervor, die das Grenzschutzkorps gestern veröffentlichte. SDA

Bistum Chur klärt das Verhältnis Jesus-SRG

Chur. «Jesus Christus hat nie etwas zur SRG oder zum Service public gesagt», teilte Giuseppe Gracia, Medienbeauftragter des Bistums Chur, gestern den Medien mit. Er nimmt damit Stellung zur Posse um die Austrittserklärung aus der Katholischen Kirche von Nationalrätin Natalie Rickli. Zu diesem Schritt fühlte sich die SVP-Politikerin gezwungen, nachdem sie von einem Kirchenmann öffentlich wegen ihrer kritischen Haltung zur SRG als «zerstörerische Kraft» betitelt worden war – sie «veräussere die Würde der Menschen», meinte dieser gar. Sur

ETH streicht Geld für Rätoromanisch-Stelle

Zürich. Die ETH Zürich streicht ihre Gelder für die Mitfinanzierung des Studienfachs Rätoromanisch an der Universität Zürich. Angesichts des Spardrucks will sich die ETH verstärkt auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Die Uni bedauert den Entscheid sehr, ist jedoch zuversichtlich, das Geld anderweitig aufzutreiben. Bisher zahlte die ETH 100000 Franken jährlich an die Oberassistentenstelle des Fachs, das ursprünglich an beiden Hochschulen angesiedelt war. SDA

Kanton Wallis plant 2017 Rekordinvestitionen

Sitten. Der Kanton Wallis will 2017 Investitionen von 609 Millionen Franken tätigen – so viel wie noch nie. Dennoch bleibt das Kantonsbudget ausgeglichen, auch weil die Fehlbeträge der Rechnungsjahre 2013 und 2014 noch im laufenden Jahr kompensiert werden können. Das Budget 2017 geht bei Ausgaben von insgesamt 3,4 Milliarden Franken von einem Ertragsüberschuss von 200000 Franken aus, wie der Kanton Wallis am Montag mitteilte. SDA

Verfassungsänderung für «Inländervorrang light»

FDP-Ständerat Caroni will vorgeschlagene Umsetzung der Zuwanderungs-Initiative unter die Lupe nehmen

Bern. Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative hat sich die FDP durchgesetzt: Die Nationalratskommission schlägt einen «Inländervorrang light» vor. Nach Ansicht von FDP-Ständerat Andrea Caroni (AI) muss dafür möglicherweise die Verfassung geändert werden. Er werde sich im Ständerat für eine Analyse einsetzen, inwiefern das Gesetz verfassungskonform sei, bestätigte Caroni eine Meldung der Zeitung *Blick* von gestern. Dort, wo es einen Konflikt gebe, müsse die Verfassung angepasst werden.

Das offensichtlichste Problem des Gesetzesentwurfs liegt darin, dass er ohne Höchstzahlen und Kontingente auskommt. Gerade das verlangt der Verfassungsartikel aber ausdrücklich. Offen ist auch, ob eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung allein mit

dem «Inländervorrang light» möglich ist. Der geistige Vater dieser Umsetzungsvariante, FDP-Nationalrat Kurt Fluri (SO), erkennt keinen Konflikt mit der Verfassung. Er verweist auf die im Verfassungsartikel ebenfalls erwähnten «gesamtwirtschaftlichen Interessen» und die wiederholte Bestätigung der Bilateralen durch das Volk.

Dreistufiges Verfahren

Davon ist Caroni nicht restlos überzeugt. Das müsse zuerst analysiert werden, sagte er. Es sei möglich, dass die Lösung verfassungskonform sei. In diesem Fall müsse die Verfassung nicht angepasst werden. Wo er allfälligen Anpassungsbedarf sieht, sagte Caroni nicht. Er wolle das Ergebnis der Analyse nicht vorwegnehmen. Zunächst ist nun ohnehin der Nationalrat am Zug. Seine

Staatspolitische Kommission (SPK) schlägt ein dreistufiges Verfahren vor: Zunächst muss der Bundesrat dafür sorgen, dass das inländische Arbeitskräftepotenzial besser genutzt wird. Weiter kann er eine Meldepflicht für offene Stellen anordnen, den sogenannten «Inländervorrang light». Als letzte Stufe könnte der Zugang zum Arbeitsmarkt für EU-Arbeitskräfte eingeschränkt werden, allerdings nur mit dem Einverständnis Brüssels.

Stimmt der Nationalrat dieser Lösung zu, ist die ständerätliche SPK an der Reihe. Wenn sie eine Verfassungsänderung für nötig hält, kann sie dem Ständerat in der Wintersession eine entsprechende Vorlage unterbreiten. Bei einer raschen Einigung wäre eine Verfassungsabstimmung schon im Mai 2017 möglich. Beschliessen die beiden

Räte nur eine Gesetzesänderung, würde ein allfälliges Referendum erst im September zur Abstimmung gelangen.

Weg frei für Horizon 2020

In beiden Fällen kann der Bundesrat das Kroatien-Protokoll ratifizieren. Das Parlament hat ihn dazu ermächtigt, sofern er mit der EU eine Regelung gefunden hat, die mit der schweizerischen Rechtsordnung vereinbar ist.

Eine Einigung ist mit der Lösung der Nationalratskommission gar nicht nötig, weil es keinen Konflikt mit dem Freizügigkeitsabkommen gibt. Sofern die Räte Caronis Antrag annehmen, ist auch die Vereinbarkeit mit der Rechtsordnung gewährleistet. Damit würde der vollen Assoziierung der Schweiz an die EU-Forschungszusammenarbeit Horizon 2020 nichts mehr im Weg stehen. SDA

ANZEIGE

Wochenaktionen

Schweinskotelett

mager, Schweiz, 4 Stück, 640 g

8.95
40% sparen
statt 14.95*

Los Condes Gran Reserva

2009, D.O. Catalunya, Spanien, 6 x 75 cl

1/2 Preis Weinhit!

35.85
statt 71.70
Einzelflasche: 6.- statt 11.95

Heineken Bier Premium

Flaschen, 24 x 25 cl

16.90
33% sparen
statt 25.50

*Konkurrenzvergleich
 Aktionen gültig vom 6. bis 12. September 2016 / solange Vorrat / Jahrgangsänderungen sowie Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: www.denner.ch/newsletter

Einer für alle DENNER